

Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands

**18
83**

Union in Deutschland

Bonn, den 11. Mai 1983

Europäische Friedensordnung ohne Angst

Regierung und Mehrheit dieses Hauses, soeben von den Wählern eindrucksvoll bestätigt, sind fest entschlossen, den Frieden unseres Landes und die Freiheit unseres Volkes zu bewahren und zu sichern. Wir sind nicht bereit, ein sowjetisches Sicherheitsbedürfnis zu akzeptieren, das auf der totalen Unsicherheit der freien Länder aufbaut. Wenn die Sowjetunion keine Pershing II will, muß sie die SS 20 wegnehmen. Auf ein annäherndes Gleichgewicht können und werden wir nicht verzichten, erklärte der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger in der Debatte zur Regierungserklärung.

Wir sind darin mit den Freien Demokraten völlig einig. Wie wird sich die Sozialdemokratie verhalten? Ihr Bild ist zur Zeit unklar und wird immer diffuser. Die Sowjetunion hat die Hoffnung auf westliche Schwäche und Uneinigkeit immer noch nicht aufgegeben. Das gefährdet den Erfolg der Genfer Abrüstungsverhandlungen.

Ich appelliere daher an die Adresse des Oppositionsführers Vogel, die gemeinsame Position der westlichen Demokratien nicht zu verlassen. Ich erinnere an die Rede des sozialistischen Staatspräsidenten

(Fortsetzung auf Seite 2)

■ DEBATTE

Entrümpelungskommissare wären dringend erforderlich Seite 3

■ ARBEITSMARKT

Positive Signale nehmen zu Seite 5

■ SPLITTING

Mehr Steuergerechtigkeit bei der Familienförderung Seite 6

■ BILDUNG

CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende empfehlen Reform der Bundes-Länder-Kommission Seite 7

■ INFORMATIONEN

Kommunen sollen zusätzliche Ausbildungsplätze bereitstellen Seite 9

■ CDU/CSU-FRAKTION

Die neue Fraktionsführung Seite 11

■ NRW-CDU

Bernhard Worms neuer Spitzenkandidat der Union Seite 15

■ DOKUMENTATION

Gerechtigkeit schafft Frieden — Das Wort der Deutschen Bischofskonferenz grüner Teil

■ ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Gesamtangebot

rosa Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

Frankreichs, Mitterrand, am 20. Januar 1983 in diesem Hause. Ich erinnere an die Haltung des sozialistischen Premierministers von Spanien, die er soeben in Bonn bekundet hat. Ich erinnere daran, daß der NATO-Doppelbeschuß nicht zuletzt auf die Initiative des stellvertretenden SPD-Parteivorsitzenden, Helmut Schmidt, zurückgeht. Wir haben als Opposition die sozial-liberale Regierung in der Sicherheitspolitik immer unterstützt. Es ist nicht unbillig, nach dem Regierungswechsel nunmehr das gleiche von der SPD zu erwarten, zumal wir auf diesem Feld nur die Politik fortsetzen, die die von Helmut Schmidt geführte Regierung begründet hat.

Die Verhinderung des Krieges durch militärisches Gleichgewicht sollte nicht die einzige Perspektive der west-östlichen, insbesondere der deutsch-sowjetischen Beziehungen zur Sowjetunion sein. Wir jedenfalls wollen alles tun, um unsere Beziehungen zur Sowjetunion auf eine bessere Grundlage zu stellen. Wir begrüßen die Einladung des sowjetischen Generalsekretärs Andropow an den deutschen Bundeskanzler. Wir würden es begrüßen, wenn zu einem geeigneten Zeitpunkt und nach sorgfältiger Vorbereitung auch ein Treffen des amerikanischen Präsidenten und des sowjetischen Generalsekretärs zustande käme. Diese Gespräche sollten nicht nur das militärische Gleichgewicht und den Alltag unserer Beziehungen zum Gegenstand haben. Es sollten auch die Zukunftsperspektiven einer Friedensordnung für Europa erörtert werden.

Für diese Friedensordnung tragen nach wie vor die Sieger des 2. Weltkrieges, insbesondere die USA und die Sowjetunion, eine besondere und eine gemeinsame Verantwortung. Sie haben gemeinsam Hitler-Deutschland besiegt; Frieden jedoch haben sie Europa bis heute, 38 Jahre nach

Einstellung der Feindseligkeiten, noch nicht gebracht. Wer die Zonengrenze zwischen West- und Mitteldeutschland betrachtet, kann diese blutige und Angst erzeugende Grenze nicht als Zeichen des Friedens bezeichnen. Wer die Teilung der deutschen Hauptstadt durch Mauer, Stacheldraht, Minen und Schießbefehl erlebt, kann diesen völlig anormalen Zustand nicht als Frieden bezeichnen. Wer sich erinnert, welche Mittel eingesetzt werden mußten, um das Aufbegehren der Menschen in der DDR, in Ungarn und in der Tschechoslowakei zu unterdrücken, und welche Mittel jetzt eingesetzt werden, um ein entsprechendes Aufbegehren in Polen zu verhindern, der kann diesen Zustand nicht als Frieden bezeichnen. Bei all diesen Akten der Gewalt handelt es sich um die Verletzung elementarer Menschenrechte. Gewalt zur Unterdrückung der Völker sichert nicht den Frieden, sie bedroht ihn; denn Frieden ist das Werk der Gerechtigkeit, nicht das Werk der Unterdrückung.

Wir Europäer, Polen, Tschechen, Slowaken, Ungarn und Deutsche, brauchen eine Friedensordnung, die unsere Menschenrechte und unser Selbstbestimmungsrecht garantiert. Je größer die Rüstungs- und Vernichtungskapazitäten werden, um so wichtiger wird eine solche Friedensordnung und um so notwendiger ist es, sie im Einvernehmen aller Beteiligten zu schaffen.

Mir ist klar, daß Friedensverträge nicht am Anfang der Entwicklung zu einer solchen Friedensordnung stehen werden. Begonnen werden muß mit der Abrüstung auf der Grundlage des Gleichgewichts auf möglichst niedrigem Waffenniveau. Das wiederum setzt mehr Vertrauen zueinander voraus. Und dieses Vertrauen kann nur wachsen, wenn keine Seite darauf besteht, ihr System mit militärischem Druck über die Welt zu verbreiten.

Im Atomzeitalter gefährdet Imperialismus jeder Art das Überleben der Menschheit. Auch die Weltmächte müssen daher heute mehr als früher Zurückhaltung üben, auch im eigenen Interesse. Sie müssen auf Herrschaft über andere Völker verzichten. Sie müssen die Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte der Menschen und Völker respektieren. Die nur auf diese Weise erzielbare Verringerung des politischen Konfliktpotentials ist im Raketenzeitalter zur Überlebensfrage der Menschheit geworden. Diese Tatsachen, nicht nationale oder historische Ansprüche, geben dem Begehr nach Selbstbestimmung nicht nur für uns Deutsche, sondern für alle Völker seine hohe moralische Qualität — das aber nur, wenn dieses Begehr mit einem absoluten Gewaltverzicht verknüpft ist.

Ist eine solche Friedensordnung erreichbar? Wir Europäer neigen wie die Amerikaner dazu, ein politisches Ziel weniger nach seiner Berechtigung als nach der Chance seiner — möglichst sofortigen — Verwirklichung zu bewerten. Im Zustand relativer Machtlosigkeit, dem sich Europa seit dem 2. Weltkrieg ausgesetzt sieht, ist das ein falscher Maßstab, ein Maßstab, der zu Resignation und zu Perspektivlosigkeit führen muß.

Die Waffen der Schwächeren sind aber nicht Perspektivlosigkeit und Resignation, sondern Zielstrebigkeit, Beharrlichkeit und langer Atem. Eine europäische Friedensordnung, die auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker beruht und die berechtigten Sicherheitsinteressen auch der beiden Weltmächte einschließt, ist die einzige Alternative zur Teilung des Kontinents, zu blutenden Grenzen, zum Aufbegehren unterdrückter Völker und zu sich gegenseitig in Schach haltenden Raketenmassen.

Ich meine, diese Alternative ist Anlaß genug, auf einen Zustand des Friedens in

Europa hinzuwirken, der es nicht nur den Deutschen, sondern allen europäischen Völkern erlaubt, ihr Recht auf Selbstbestimmung zu verwirklichen. Deshalb kämpfen wir für das nationale Selbstbestimmungsrecht aller Völker und für das Ende der Teilung Europas, wie es der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung treffend formuliert hat.

Nicht das Gleichgewicht des Schreckens, sondern eine auf den Menschenrechten beruhende und auf niedrigstem Waffenniveau gesicherte Friedensordnung sollte die Zukunftsperspektive künftiger Ost-West-Beziehungen sein. Nur eine Perspektive, die den Menschen die Angst nimmt, die Angst vor totalitärer Unterdrückung ebenso wie die Angst vor atomarer Vernichtung, entspricht den Erfordernissen des Atomzeitalters.

Eine solche Friedensordnung zu schaffen, ist gewiß eine gewaltige Aufgabe. Aber sie allein hält uns die Zukunft offen. Alle, die Einfluß haben und alle, die sich selbst und der Menschheit den atomaren Holocaust ersparen möchten, sollten dazu beitragen.

Hansheinz Hauser:

„Entrümpelungskommissare“ wären dringend erforderlich

Ich will in diese Debatte gern ein Thema einbringen, das bisher hier noch keine Rolle gespielt hat, das aber dankenswerterweise auch vom Bundeskanzler in der Regierungserklärung angesprochen worden ist. Ich meine die Tatsache, daß viele unserer Betriebe in den zurückliegenden Jahren vor allen Dingen durch ein Labyrinth perfektionistischer Vorschriften behindert waren, mit denen der Mittelständler nicht und die Großkonzerne nur mit Unterstützung aufwendiger Stabsabteilun-

gen zurechtkommen. Ich nenne hier das Beispiel von dem hessischen Metzgermeister, der seinen Betrieb um eine Wurstküche erweitern wollte, um sieben neue Arbeitsplätze zu schaffen, und bei dem sich im Genehmigungsverfahren das Bauordnungsamt und das Gewerbeaufsichtsamt nicht darüber verständigen konnten, ob in der Wurstküche geriffelte oder glatte Fliesen eingebaut werden mußten. Nachdem sich die beiden Ämter anderthalb Jahre nicht auf eine Entscheidung verständigen konnten, hat dieser Metzgermeister resigniert und seine Wurstküche nicht gebaut.

Wir wissen aus einer Sinus-Studie, daß im Jahre 1979 im Land Nordrhein-Westfalen 14% der beantragten Bauten nicht gebaut worden sind, daß in 14% der Fälle das Antragsvolumen reduziert werden mußte und daß sich 67% aller Investitionen auf Grund bürokratischer Auflagen verteuernten.

Das Hotel- und Gaststättengewerbe in der Bundesrepublik Deutschland muß zum Betrieb seiner Unternehmen allein 42 Gesetze und Verordnungen mit Hunderten von Paragraphen beachten, vom Gaststättengesetz bis zur Beherbergungsstatistik. Da dürfen wir uns doch nicht wundern, wenn manchen Leuten die Lust vergeht, ein Unternehmen zu führen.

Ich will natürlich nicht behaupten, meine Damen und Herren von der SPD, daß Sie diese Entwicklung allein verschuldet haben. Aber Sie haben sie ermöglicht, weil Sie grundsätzlich dem Staat mehr vertrauen als den freien Kräften. Auch dies gehört zu der 120jährigen Tradition Ihrer Partei... Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auf ein Thema kommen, das uns heute hoffentlich noch mehr beschäftigen wird. Das ist das Angebot der deutschen Wirtschaft, jedem Ausbildungswilligen auch einen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen. In diesem Zusammenhang sollten wir auch den Mut haben, ein-

mal die ausbildungshemmenden Vorschriften, die es in diesem Zusammenhang gibt, unter die Lupe zu nehmen und festzustellen, ob nicht die Einstellung manches Lehrlings, die Bereitstellung manchen Ausbildungsplatzes daran scheiterte, daß dem Betrieb und auch dem Auszubildenden Dinge zugemutet werden, die so ohne weiteres hinzunehmen sie nicht bereit sind. Die Personalakte eines Lehrlings wog im Jahre 1970 noch 35 Gramm; ihr Gewicht ist inzwischen auf ein halbes Kilogramm angestiegen...

Es ist mehr als berechtigt und notwendig, daß der Bundeskanzler die Durchforstung des Vorschriftenschungels zu einer zentralen Aufgabe seiner Regierungspolitik erklärt hat. Damit ist aber auch die Frage gestellt, welchen Beitrag der Bundesgesetzgeber zum Abbau der Bürokratisierung in der Gesetzgebung des Bundes leisten kann. Jeder Einsichtige weiß, daß eine Industriegesellschaft ohne ein vertretbares Maß an gesetzlichen Regelungen nicht existieren kann. Deswegen wollen wir hier auch keine unerfüllbaren Hoffnungen wecken. Der Anstoß zur Vereinfachung muß aber auch von uns Abgeordneten kommen... Ich meine, es wäre notwendig, daß in der Regierung aus der Fülle qualifizierter Beamter einige beauftragt werden, als Entrümpelungskommissare für die vorhandenen Gesetze tätig zu werden und dafür zu sorgen, daß die Wirtschaft, aber auch die Bürger in ihrer Gesamtheit von einer Menge überflüssiger gesetzlicher Bestimmungen und Verordnungen befreit werden. Eine freie Volkswirtschaft kann auf Dauer nicht glaubwürdig existieren, wenn der Wettbewerb durch Subventionen verzerrt wird. Subventionen müssen befristet sein, damit sie der parlamentarischen Kontrolle unterworfen bleiben... Ohne deutliche Begrenzung und realen Abbau von Subventionen werden wir die öffentlichen Haushalte nicht konsolidieren können.

■ ARBEITSMARKT

Positive Signale nehmen zu

Die Arbeitslosigkeit ist erfreulicherweise im April — wie schon im März — erneut deutlich zurückgegangen, stellt der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Haimo George, fest. Stand und Entwicklung aller neuen Arbeitsmarktdaten und ihr Vergleich zur Entwicklung zurückliegender Jahre machen deutlich:

Die Arbeitslosigkeit wird im Trend in den nächsten Monaten weiter zurückgehen, kann aber im Sommer wegen der Schul- und Betriebsferien auch zwischenzeitlich ansteigen. Der Tiefstand der Arbeitslosigkeit dieses Jahres dürfte im September erreicht werden (Meldung Anfang Oktober) und voraussichtlich spätestens dann unter zwei Millionen liegen.

Angesichts des bisherigen Verlaufs der saisonbedingten Arbeitslosenzahlen, die im April nur unwesentlich höher lagen als die tatsächlichen Zahlen, dürfte die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenzahl entsprechend der Schätzung der Bundesregierung nach wie vor bei etwa 2,35 Millionen liegen. Diese — erstmalig realistische — Prognose wurde durch das Gemeinschaftsgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute vom 2. Mai 1983 bestätigt.

Die Zahl der Leistungsempfänger ist wesentlich niedriger als die der gemeldeten Arbeitslosen. Je weiter sich diese Schere öffnet, desto deutlicher wird, daß einerseits Abertausende aus der „stillen Arbeitsmarktreserve“ wieder „in Arbeit gehen“ wollen. Andererseits liegt auch der Schluß nahe, daß viele Hunderttausende

arbeitslos Gemeldete nicht auch sozial notleidend sind. Dies wird u.a. auch dadurch belegt, daß es nur einen recht kleinen Personenkreis von Arbeitslosen gibt, der wegen fehlender Anspruchsvoraussetzungen für Arbeitslosengeld oder -hilfe ausschließlich oder überwiegend auf Sozialhilfe angewiesen ist.

Erfreulich ist der starke Rückgang der Kurzarbeit, denn er signalisiert, daß der Wirtschaftsmotor auf Touren kommt.

Das Aufatmen darüber, daß die mehrjährige Phase sprunghafter Steigerungen von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sich positiv verändert, nimmt nichts von der Belastung und Sorge aller Verantwortlichen weg, daß der nach wie vor hohe Stand der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit das größte sozial- und gesellschaftspolitische Problem dieses Jahrzehnts ist und vorerst bleibt.

Sorgen bereitet auch die starke Zunahme der Zahl der bereits lange arbeitslosen Menschen, die neben Einbußen in ihrem gewohnten materiellen Status auch die seelischen Belastungen langer Arbeitslosigkeit auf sich nehmen müssen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion nimmt deshalb erfreut zur Kenntnis, daß die Zahl der ABM-Beschäftigten erstmalig erheblich gestiegen ist. Dies ist produktive Hilfe für Langzeitarbeitslose, Schwervermittelbare und auch junge Menschen. Vorrang hat für die CDU/CSU nach wie vor die Schaffung sich selbst tragender Dauerarbeitsplätze, auch als Basis für mehr Steuer- und Beitragseinnahmen zur Finanzierung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für vernünftige Arbeiten, die naturgemäß teurer sind als bloße Unterstützung von Arbeitslosen.

SPLITTING

CDU/CSU für mehr Steuergerechtigkeit bei der Familienförderung

Die Unionsparteien haben angekündigt und versprochen, daß sie den Familienlastenausgleich neu gestalten und ein Familiensplitting einführen wollen. Was ist Familiensplitting? Dazu MdB Hermann Kroll-Schlüter, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Jugend, Familie und Gesundheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

In einem Gutachten zur Reform der direkten Steuer, erstattet vom wissenschaftlichen Beirat beim Bundesminister der Finanzen, heißt es: „Beim Familiensplitting geht man davon aus, daß das Einkommen von Familienangehörigen, die in einem gemeinsamen Haushalt leben, zusammengelegt und für alle Angehörigen gemeinsam verwendet wird, wobei jeder anteilig mit seinem Bedarf berücksichtigt wird. Die Besteuerung hat demnach so zu erfolgen, daß das Gesamteinkommen der Familien nach dem anteiligen Bedarf der zu versorgenden Personen zerlegt und die für die einzelnen Personen zu berechnenden Steuerbeträge zu einer Gesamtsteuerschuld zusammengefaßt werden.“

Der Vorteil eines Familiensplittings liegt darin, daß bei einem progressiven Steuertarif nicht der Progressionssatz für das Gesamteinkommen, sondern ein an der Zahl der von dem jeweiligen Einkommen lebenden Personen orientierter niedrigerer Steuersatz angewendet wird.

Was ist Steuergerechtigkeit im Bereich der Familienförderung? Das Bundesverfassungsgericht hat dazu gesagt: „Es ist ein grundsätzliches Gebot der Steuerges-

rechtheit, daß die Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ausgerichtet wird. Die wirtschaftliche Belastung durch Unterhaltsverpflichtungen gegenüber Kindern ist ein besonderer, die Leistungsfähigkeit der Eltern beeinträchtigender Umstand. Diese unabsehbare Sonderbelastung darf der Gesetzgeber ohne Verstoß gegen die Steuergerechtigkeit nicht außer Acht lassen.“

Dem Grundsatz der Leistungsgerechtigkeit kann aber auch auf andere Weise als durch Kindergeld oder durch Abzugsbezüge von der Steuerschuld entsprechend werden, zum Beispiel durch Familiensplitting. Nun wird gesagt, das Familiensplitting begünstige Höherverdienende. Dabei wird aber nicht berücksichtigt, daß die Besserverdienenden schon durch den progressiven Steuertarif zu erheblich höheren Leistungen für den Staat herangezogen werden als diejenigen mit geringerem Einkommen. Wer den Steuervorteil bei der Berücksichtigung von Kinderlasten nicht will, verbindet den Familienlastenausgleich mit dem Ziel der Einkommensumverteilung. Um dieses Ziel zu erreichen, sind aber andere Maßnahmen geeigneter und gerechter.

Da das Familiensplitting für sich allein noch keinen gerechten Familienlastenausgleich schafft, muß der Staat allen Familien unabhängig von ihrem Einkommen eine Mindestleistung garantieren. Denn wenn kaum Steuern zahlt, bekommt auch keinen Vorteil aus dem Familiensplitting. Deswegen wäre es einerseits möglich, daß allen Familien ein von ihrem Einkommen unabhängiges Kindergeld gezahlt würde, das aber auf die zugestandenen Steuervorteile aus dem Familiensplitting angerechnet würde. Andererseits wäre aber auch daran zu denken, Kindergeld in einer bestimmten Höhe nur an die auszuzahlen, die den festgesetzten Betrag im Wege des Splittings nicht erreichen.

BILDUNGSPOLITIK

Fraktionschefs empfehlen Reform der Bund-Länder-Kommission

Nach eingehender Diskussion der aktuellen bildungspolitischen Fragen hat die Konferenz der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden aus Bund und Ländern am 28. April 1983 folgende Beschlüsse gefaßt:

Zukunft der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung

1. Die CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden
bekräftigen ihren Beschuß aus dem Jahr
1981, die Bund-Länder-Kommission in ih-
rer bisherigen Form nicht weiterzuführen.
2. Die notwendige Zusammenarbeit, Ko-
ordination und Abstimmung zwischen
Bund und Ländern im Bereich der Bil-
dungspolitik und der Forschungsförde-
rung soll in einer Ministerkonferenz erfol-
gen, der die verantwortlichen Minister des
Bundes und der Länder angehören.
3. Die Geschäftsstelle der Bund-Länder-
Kommission soll aufgelöst werden.

Reform des Laufbahnsystems

Die CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden wa-
ren sich darin einig, daß das bestehende
Laufbahnsystem im öffentlichen Dienst
mit zu den Schwierigkeiten im Bildungs-
und Beschäftigungssystem beigetragen
hat.

Das Laufbahnsystem muß deshalb über-
prüft werden. Ziel soll es sein, die Ein-
gangsämter im öffentlichen Dienst abzu-
senken.

Die Kriterien, nach denen die Besoldung
und Einstufung für leitende Funktionen er-
folgt, müssen überdacht werden. Die Zahl

der Mitarbeiter einer Behörde oder der
Schüler einer Schule darf kein entschei-
dender Gesichtspunkt mehr für die Ein-
stufung leitender Positionen sein.

Novellierung des Hochschulrahmengesetzes

Die CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden sprechen sich dagegen aus, durch eine Änderung des Hochschulrahmengesetzes den Ländern verpflichtend vorzuschreiben, die verfaßte Studentenschaft einzuführen.

Berufschancen der jungen Generation

Die CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden ap-
pellieren an die ausbildende Wirtschaft, al-
les zu tun, um durch die Bereitstellung zu-
sätzlicher Ausbildungsplätze zur Siche-
rung der Berufschancen der jungen Men-
schen beizutragen.

Umweltschutz

Das bedrohliche Waldsterben und der un-
sichere Verbleib der Giftpässer aus Seve-
so haben die Dringlichkeit einer Verbesse-
rung des umweltpolitischen Kontrollsyste-
ms und der umweltpolitischen Vor-
schriften erneut deutlich gemacht. Die Be-
völkerung ist beunruhigt und erwartet von
der Politik energische und wirksame Maß-
nahmen zur Erhaltung der natürlichen Le-
bensgrundlagen. Die CDU/CSU-Fraktions-
vorsitzenden sind der Auffassung, daß ein
Land bei der Lösung der umweltpoliti-
schen Probleme überfordert ist. Die län-
derübergreifende Koordination und Ko-
operation auf der Ebene der Landtags-
fraktion muß deshalb verstärkt werden.
Die Zusammenarbeit soll sich vor allem
auf folgende Gebiete erstrecken:

- Abfallbeseitigung und Abfallbewirtschaftung
- Energie und Umwelt
- Emissionen
- Bodenkulturpolitik
- Wasser und Abwasser
- Lebensmittelkontrolle

Sie haben dazu eine Arbeitsgruppe eingesetzt, der unter Federführung von Rheinland-Pfalz die umweltpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktionen in den Ländern angehören. Die Arbeitsgruppe soll zusammen mit der Bundestagsfraktion prüfen, wie

- eine rechtzeitige gegenseitige Information über umweltrelevante Probleme und Initiativen gewährleistet,
- die frühzeitige Abstimmung bei Gesetzgebungsverfahren und Verordnungen sichergestellt und
- die Öffentlichkeit im Bereich des Umweltschutzes verbessert werden können.

Medienpolitik

Die Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktionen in den Landesparlamenten bekunden den Willen, daß die Landesparlamente den am 26. Oktober 1982 von den Ministerpräsidenten unterzeichneten Staatsvertrag über die Höhe der Rundfunkgebühr ratifizieren; sie gehen dabei von folgenden Voraussetzungen aus:

1. Von der im Staatsvertrag vorgesehenen erstmaligen Kündigungsmöglichkeit zum 31. Dezember 1986 wird nicht vor dem 31. Dezember 1987 Gebrauch gemacht. Damit soll sich die Laufzeit des Vertrages um mindestens ein Jahr verlängern.
2. Der Finanzausgleich zwischen den Rundfunkanstalten ist insbesondere zur Sicherung der Funktionsfähigkeit der kleineren Anstalten weiter zu verbessern.
3. Die Rundfunkanstalten weisen regelmäßig nach, daß die für technische Innovationen und für Restversorgung vorgesehenen Gebührenanteile für die vorgesehenen Zwecke verwendet werden. Die Kon-

trollinstanzen sind aufgefordert, die Einhaltung dieser Zweckbestimmungen zu überwachen.

4. Jede Rundfunkanstalt ist regelmäßig von den zuständigen Landesrechnungshöfen zu prüfen. Die Prüfungsberichte sollen den Landesparlamenten zugeleitet und im Hinblick auf die Einheitsgebühr unter den Landesparlamenten ausgetauscht werden.

5. Die Rundfunkanstalten sollen die Personalkosten und die Überversorgung ausscheidender Mitarbeiter abbauen. Sie sollen weiterhin Anstrengungen unternehmen, bürokratische Fehlentwicklungen abzubauen und durch Organisationsformen zu ersetzen, die den besonderen Bedingungen des Mediums Rundfunk und Fernsehen entsprechen.

Waldsterben

Die Abgasgrenzwerte der Automobile müssen drastisch gesenkt werden, notfalls im nationalen Alleingang. Die technischen Einrichtungen (Katalysatoren) stehen zu einem Preis von unter 1000,- DM zur Verfügung. Diese Katalysatoren werden jedoch durch das im europäischen Benzin vorhandene Blei stark in Mitleidenschaft gezogen und büßen nach verhältnismäßig kurzer Zeit ihre Wirkung ein.

Hier sei notfalls auch ein Alleingang der Bundesrepublik möglich; anzustreben sei jedoch eine gemeinsame europäische Lösung. Dies sei eine weitere wirksame Möglichkeit der Bekämpfung des Waldsterbens, ebenso würden auch Wettbewerbsnachteile für die deutsche Automobilindustrie vermieden.

Neben der Abgasreduzierung müssen die SO₂-Emissionen aus Kraftwerken und Industrieanlagen weiter reduziert werden. Nach Auffassung der CDU/CSU-Vorsitzenden müssen die Umrüstungs- bzw. Stilllegungsfristen für Altanlagen verkürzt werden gegenüber dem derzeitigen Entwurf der Großfeuerungsanlagenverordnung.

■ INFORMATION

KPV: Kommunen sollen zusätzliche Ausbildungsplätze bereitstellen

Nach Beratungen des Bundesvorstandes und des Hauptausschusses der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV) in Bonn erklärt der Bundesvorsitzende MdB Horst Waffenschmidt: Die KPV, die 100 000 Kommunalpolitiker der Union vertritt, appelliert nachdrücklich an die Städte, Gemeinden und Kreise, noch einmal zu prüfen, in welchem Umfang zusätzlich Ausbildungsplätze im Jahre 1983 für junge Menschen bereitgestellt werden können.

Dabei ist besonders der Bereich kommunaler Einrichtungen und Eigenbetriebe angesprochen, wo eine Ausbildung vermittelt wird, die auch über den Bereich der öffentlichen Hand hinaus später im Berufsleben eingesetzt werden kann.

Besonders begrüßt wird das Frankfurter Modell von Oberbürgermeister Walter Wallmann, der einen Ausbildungsverbund zwischen Stadt, Industrie- und Handelskammer und Handwerkskammer vereinbart hat. Durch diesen Verbund und zusätzliche Initiative kann allein die Stadt Frankfurt 1983 die Zahl ihrer Ausbildungsplätze um 73 Stellen auf 329 Stellen anheben.

Nachdrücklich unterstützen die Kommunalpolitiker von CDU und CSU den Vorschlag von Bundesbauminister Oscar Schneider, CSU, im Bundeshaushalt 1984 die Städtebauförderungsmittel auf 500 Millionen DM anzuheben.

Durch eine Verstärkung der Mittel für die Stadt- und Dorferneuerung im Bundeshaushalt könnten erhebliche zusätzliche öffentliche und private Investitionsmittel mobilisiert und ein zusätzlicher Impuls für die Bauwirtschaft zur Sicherung von Arbeitsplätzen ausgelöst werden.

Immer neue Raketenstellungen der Sowjetunion

Die Sowjetunion wird nach Einschätzung des CDU-Abgeordneten Willy Wimmer 1985 über rund 4500 atomare Sprengköpfe für die SS-20-Mittelstreckenraketen verfügen. Gegenwärtig hat Moskau nach westlichen Angaben 351 SS 20 mit 1053 Sprengköpfen. Jede Rakete ist mit drei Sprengköpfen bestückt. Wimmer verwies in seiner Erklärung darauf, daß erst vor wenigen Wochen im Raum Nowosibirsk die Bauarbeiten für neue Raketenstellungen begonnen hätten.

Der Abgeordnete machte weiter darauf aufmerksam, daß die sowjetischen Luftstreitkräfte mit der Fertigstellung des größten Transportflugzeuges der Welt jetzt die Fähigkeit haben, eine SS-20-Raketeinheit über eine Entfernung im Non-stopflug von etwa 6 000 Kilometern zu verlegen.

Bußgeldkatalog wird durchforstet

Zu der jetzt erfolgten Überweisung des Bußgeldkatalogs an den Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verkehr der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Günter Straßmeir: Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt, daß ihr Wunsch, den Bußgeldkatalog von der Tagesordnung des Bundesrates abzusetzen und ihn dem Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages zuzuleiten, erfüllt worden ist. Damit ist die große Chance einer dringend notwendigen Durchforstung

und Vereinfachung dieses Katalogs gegeben.

Bekanntlich hatten die Koalitionsfraktionen bereits im Dezember des vergangenen Jahres im Rahmen einer Änderung des Straßenverkehrsgesetzes die Grenze der Eintragung in Flensburg von seinerzeit 40 DM auf 80 DM verdoppelt. Damit konnte der Register-Bestand spürbar verringert (um rund 1 Mio. Personen) und das Mißverhältnis zwischen Registrierung und Verkehrssicherheit beseitigt werden. Die jetzt mögliche Behandlung des bundeseinheitlichen Bußgeldkatalogs im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages soll u. a. sicherstellen, daß noch Unstimmigkeiten und bürokratische Vorgaben beseitigt werden, damit der Katalog vom Bürger auch verstanden und akzeptiert wird. Die CDU/CSU erwartet, daß die bisher im Bußgeldkatalog aufgeführten Tatbestände spürbar reduziert werden. Sie geht weiter davon aus, daß im Interesse der Autofahrer keine Anhebung von Bußgeld erfolgt.

Energieforschungspolitik ist wieder verläßlich geworden

„Mit der Entscheidung des Bundeskabinetts zur Weiterführung der fortgeschrittenen Reaktorlinien ist die Energieforschungspolitik wieder verläßlich und für Wirtschaft und Wissenschaft kalkulierbar geworden“, erklärte der Bundesminister für Forschung und Technologie, Heinz Riesenhuber, anlässlich der Beantwortung einer Parlamentarischen Anfrage in Bonn.

Die von ihm vorgeschlagene Entscheidung des Bundeskabinetts, den Schnellen Brutreaktor in Kalkar und den Hochtemperaturreaktor in Schmehausen fertigzustellen und in Betrieb nehmen zu lassen, ist nach Auffassung von Heinz Riesenhuber nur möglich gewesen, weil die Energiewirtschaft wieder Vertrauen in die Politik

gesetzt hat und das finanzielle Engagement der Wirtschaft die für die Zwischenfinanzierung erforderlich Risikobereitschaft des Forschungsministeriums voll gerechtfertigt hat.

In sehr kurzer Verhandlungszeit sei es gelungen, nicht nur frühere, mit erheblichen Bedingungen versehene Finanzzusagen vertraglich zu sichern, sondern diese auch um rd. 90 Prozent zu erhöhen. Damit werde nicht nur die Gesamtfinanzierung für die Errichtung und Inbetriebnahme der Reaktoren bis zur Übergabe an die Betreiber gesichert, sondern auch der finanzielle Spielraum für die zur Sicherung der Zukunft der Bundesrepublik notwendigen forschungs- und technologiepolitischen Entscheidungen offen gehalten.

Fraktionsgeschäftsführer im Europaparlament

Der CDU-Abgeordnete Claus Jäger aus Wangen im Allgäu/Baden-Württemberg ist von der christlich-demokratischen Fraktion in der Parlamentarischen Versammlung des Europaparates in Straßburg zum Generalsekretär (in Deutschland: Fraktionsgeschäftsführer) gewählt worden. Mit 71 Mitgliedern sind die Christdemokraten nach den Sozialisten die zweitstärkste Fraktion in der Parlamentarischen Versammlung.

Claus Jäger ist 51 Jahre alt und gehört dem Deutschen Bundestag seit 1972, der Parlamentarischen Versammlung des Europaparates seit 1980 an. Er arbeitet vor allem im Ausschuß für die Beziehungen zu den europäischen Nichtmitgliedsländern (Ostblockstaaten) mit und ist dort ständiger Berichterstatter für Fragen der KSZE. Zu ihrem Vorsitzenden haben die Christlichen Demokraten im Europarat erneut den österreichischen Abgeordneten Wolfgang Blenk aus Dornbirn/Vorarlberg gewählt.

■ CDU/CSU-FRAKTION

Die Führung der gemeinsamen Fraktion im 10. Deutschen Bundestag

Die Fraktionsführung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der 10. Legislaturperiode setzt sich wie folgt zusammen:

Vorsitzender: **Alfred Dregger**

1. Stellvertreter und Vorsitzender der CSU-Landesgruppe: **Theo Waigel**

Stellvertretende Vorsitzende mit den Arbeitsbereichen: Recht (einschl. Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung sowie Petitionen), Inneres, Umwelt und Sport: **Benno Erhard**

Wirtschaft, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten; Verkehr; Post- und Fernmelde- wesen, Raumordnung, Bauwesen und Städtebau: **Hansheinz Hauser (Krefeld)**

Finanzen und Haushalt:
Walter Althammer

Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Gesundheit: **Adolf Müller (Remscheid)**

Auswärtiges; Verteidigung; Deutschland- politik und Berlinfragen, Wirtschaftliche Zusammenarbeit: **Volker Rühe**

Forschung und Technologie; Bildung und Wissenschaft: **Helga Wex**

1. Parlamentarischer Geschäftsführer:
Wolfgang Schäuble

Stellvertreter des 1. Parlamentarischen Geschäftsführers: **Wolfgang Bötsch**

Parlamentarische Geschäftsführer: **Agnes Hürland, Rudolf Seiters**

Justitiare: **Paul Mikat, Karl-Heinz Spilker**

Die Vorsitzenden (Sprecher) der Arbeitsgruppen und deren Stellvertreter (Obleute) der Arbeitsgruppen:

1. Recht

(einschl. Wahlprüfung, Immunität, Geschäftsordnung sowie Petitionen)

Vorsitzender: **Wittmann**

Stellvertreter: **Helmrich**

2. Inneres, Umwelt und Sport

Vorsitzender: **Miltner**

Stellvertreter: **Laufs**

3. Wirtschaft

Vorsitzender: **Wissmann**

Stellvertreter: **Kraus**

4. Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Vorsitzender: **Susset**

Stellvertreter: **von Schorlemer**

5. Verkehr

Vorsitzender: **Straßmeir**

Stellvertreter: **Milz**

6. Post- und Fernmeldewesen

Vorsitzender: **Pfeffermann**

Stellvertreter: **Linsmeier**

7. Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Vorsitzender: **Kansy**

Stellvertreter: **Niegel**

8. Finanzen

Vorsitzender: **Kreile**

Stellvertreter: **von Wartenberg**

9. Haushalt

Vorsitzender: **Carstens (Emstek)**

Stellvertreter: **Stavenhagen**

10. Arbeit und Soziales

Vorsitzender: **George**

Stellvertreter: **Jagoda**

11. Jugend, Familie und Gesundheit

Vorsitzender: **Kroll-Schlüter**

Stellvertreter: **Braun**

12. Außenpolitik

Vorsitzender: **Klein (München)**

Stellvertreter: **Stercken**

13. Verteidigung

Vorsitzender: **Weißkirch**

Stellvertreter: **Voigt**

14. Deutschlandpolitik und Berlinfragen

Vorsitzender: **Lintner**

Stellvertreter: **Schulze**

15. Wirtschaftliche Zusammenarbeit

Vorsitzender: **Pinger**

Stellvertreter: **Frau Fischer**

16. Forschung und Technologie

Vorsitzender: **Lenzer**

Stellvertreter: **Bugl**

17. Bildung und Wissenschaft

Vorsitzender: **Daweke**

Stellvertreter: **Graf von Waldburg-Zeil**

Der Abgeordnete **Ludwig Gerstein** wurde als energiepolitischer Sprecher berufen.

Der Abgeordnete **Jürgen G. Todenhöfer** wurde als abrüstungspolitischer Sprecher berufen.

Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik:

Vorsitzender: **Gerhard Braun**

Stellvertreter:

Horst Seehofer, Dietrich Austermann, Hans Daniels, Theo Magin

Arbeitnehmergruppe:

Vorsitzender: **Otto Zink**

Stellvertreter:

Horst Günther, Stefan Höpfinger, Alfons Müller (Wesseling)

Diskussionskreis Mittelstand:

Vorsitzender:

Hansheinz Hauser (Krefeld)

Stellvertreter:

Matthias Engelsberger

Eberhard Pohlmann

Christian Schwarz-Schilling

Gruppe der Vertriebenen- und

Flüchtlingsabgeordneten:

Vorsitzender: **Herbert Czaja**

Stellvertreter:

Herbert Hupka, Fritz Wittmann

Frauengruppe:

Vorsitzende: **Roswitha Verhülsdonk**

Zu Beisitzern im Fraktionsvorstand wurden gewählt:

Renate Hellwig, Reinhard Metz, Gerhard Reddemann, Hans Peter Schmitz (Baesweiler), Lutz Stavenhagen, Heinz Schwarz, Peter W. Höffkes, Dionys Jobst

Als Ausschußvorsitzende wurden nominiert:

Petitionsausschuß: **Frau Berger**

Auswärtiger Ausschuß: **Marx**

Sportausschuß: **Tillmann**

Rechtsausschuß: **Stark**

Wirtschaftsausschuß: **Haase (Kassel)**

Verteidigungsausschuß: **Biehle**

Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit: **Höpfinger**

Verkehrsausschuß: **Lemmrich**

Ausschuß für Raumordnung: **Möller**

Innerdeutscher Ausschuß: **Reddemann**

Als Stellvertretende Ausschußvorsitzende wurden nominiert:

Ausschuß für Wahlprüfung: **Broll**

Innenausschuß: **Krey**

Haushaltsausschuß: **Riedl**

Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: **Eigen**

Ausschuß für Arbeit und Soziales: **Zink**

Ausschuß für das Post- und Fernmeldewesen: **Bühler**

Ausschuß für Bildung und Wissenschaft: **Nelle**

Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit: **Hüsch**

MITTELSTANDSKONGRESS

Was für den Mittelstand gut ist, dient auch den Arbeitnehmern

„Mittelstand hat wieder Zukunft“ hieß das Leitthema des 28. Bundeskongresses der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU am 29. und 30. April 1983 in der Schwabenlandhalle in Fellbach bei Stuttgart. Die über 600 Delegierten würdigten die kontinuierliche und intensive politische Arbeit der Mittelstandsvereinigung auf Bundesebene mit der überzeugenden Wiederwahl ihrer Führungs spitze.

Prof. Gerhard Zeitel wurde erneut mit 468 Ja-Stimmen zum Bundesvorsitzenden gewählt. Seine fünf Stellvertreter sind: MdB Hansheinz Hauser (429), MdL Wengenmeier (404), Bundesminister Schwarz-Schilling (396), MdB Doss (386) und MdB Landré (346). Bundesschatzmeister wurde — wie bisher — Dr. Frerichs (450). Damit wurde das Gremium der Stellvertreter um einen (Landré) erweitert. Der Bundesvorsitzende Gerhard Zeitel stellte in seinem Rechenschaftsbericht fest, der Aufschwung habe begonnen, aber es werde noch ein langer und steiniger Weg zur Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft sein. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und vor allem der Jugendarbeitslosigkeit bedürfe es der Schaffung neuer Arbeitsplätze, die letztlich nur durch ein höheres Wirtschaftswachstum zu erlangen seien. Um das Wachstum zu stärken, müßten weitere Investitionshemmisse abgebaut und die Eigenkapitalbildung der Wirtschaft gestärkt werden. Weitere Steuer- und Abgabenerhöhungen seien Gift für eine dauerhafte Wirtschaftsdynamik. Gerhard Zeitel war-

te vor einem überspitzten Fiskalismus, der die unerlässliche, dringend gebotene Kon solidierung der öffentlichen Finanzen eher gefährde als sicherstelle. Mit Nachdruck setzte sich Zeitel für eine Beseitigung der Ungleichbehandlung zwischen Groß- und Kleinbetrieben ein. Es dürfe nicht sein, daß die Großen die Subventionen bekämen und die Kleinen die großen Lasten zu tragen hätten.

Bundeskanzler Helmut Kohl versprach in seiner mit großem Beifall aufgenommenen Rede, es werde im Laufe des Sommers eine ausgewogene steuerpolitische Initiative geben, die allen nütze. Die Bundesregierung könne jedoch angesichts der begrenzten Haushaltssmittel keine Wohltaten verteilen. Wichtigstes Ziel sei es, die Wirtschaft wiederzubeleben und die Arbeitslosigkeit abzubauen. Um die Leistungsbereitschaft und Innovationskraft des Mittelstandes zu stärken, erwägt die Bundesregierung entsprechende Fördermaßnahmen. Man werde sorgfältig prüfen, wie man den Mittelstand steuerlich entlasten könne. Kohl kündigte ferner Maßnahmen zur Entbürokratisierung der Wirtschaft an.

Der eindrucksvolle Wahlsieg unter Führung von Helmut Kohl habe bewiesen, daß der Mittelstand dieser Koalition großes Vertrauen entgegenbringe, dieses Vertrauen dürfe nicht enttäuscht werden, erklärte der Vorsitzende des Diskussionskreises Mittelstand, Hansheinz Hauser. Insbesondere die aus der kommenden Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Verfügung stehenden Mittel (4 Milliarden DM) müßten weitgehend zur Entlastung der mittelständischen Wirtschaft beitragen.

Hauser warnte jedoch davor, jetzt schon auf paradiesische Zustände für den Mittelstand zu hoffen. „Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß eine in 13 langen Jahren versalzene Suppe nicht in acht kurzen Monaten wieder schmackhaft aufbereitet werden kann“, erklärte er. Hauser sagte weiter, er habe etwas dagegen, daß der Mittelstand nur in Sonntagsreden hochgelobt werde und spielte dabei auf den Bundeswirtschaftsminister und die FDP an. Der Bürger erwarte mit Recht die baldige Durchsetzung von finanz-, wirtschafts-, sozial- und steuerpolitischen Maßnahmen. Ziel Nummer eins der Mittelstandsvereinigung sei die Steuerbefreiung für eine Investitionsrücklage.

Viel Beifall erhielt auch der stellvertretende CDU-Vorsitzende und westfälische Landesvorsitzende der CDU, Kurt Biedenkopf, für seine These, es gebe in der Bundesrepublik genug Arbeit, nur nicht zu den gegenwärtigen Preisen. Der Arbeitsmarkt sei zunehmend erstarrt und könne Angebot und Nachfrage nur unbefriedigend zusammenbringen. Biedenkopf nannte das Beispiel eines Omnibusses, der nur Insassen auf Sitzplätzen befördere, der Rest müsse draußen bleiben. „Wir müssen dafür sorgen, daß die Türen offenbleiben, daß diejenigen, die drin sitzen, zusammenrücken, damit alle mitfahren können, die mitfahren wollen.“ Dies sei mit einer differenzierten Lohnpolitik möglich. Die hohe Arbeitslosigkeit und die Bildung einer Schattenwirtschaft mit Schwarzarbeit seien wesentlich eine Folge unsinniger Reglementierungen des Staates im sozialen Bereich. So seien die Lohnnebenkosten heute zu den Hauptlohnkosten geworden. Daraus ergebe sich der Zwang zu immer höherer Produktivität bei nur geringem Wachstum der Wirtschaft. Deshalb, so Biedenkopf, müsse man das System der sozialen Sicherung entstaatlichen. Die Arbeitslosigkeit lasse sich nur überwinden, wenn auf dem Arbeitsmarkt und dem Markt der sozialen Sicherung wieder Eigenverantwortung, Wettbewerb

und Entscheidensfreiheit belebt würden unter gleichzeitiger Sicherung der sozialen Gerechtigkeit.

In dem vom Kongreß verabschiedeten mittelstandspolitischen Schwerpunktprogramm werden von der Bundesregierung neue Erleichterungen gefordert. Bei Existenzgründungen setzt sich der Mittelstand für die Einführung eines Existenzgründungsansparmodes nach dem Vorbild der Bausparförderung und des Prämiensparens ein. Gefordert wird ferner der Abbau überflüssiger staatlicher Regulierungen und die Durchforstung staatlicher Vorschriften und Verordnungen, um das selbstverantwortliche Handeln wieder zu verbessern. In mehreren Anträgen zur Sicherung des Wettbewerbs wurde eine strenge Fusionskontrolle gefordert sowie die Ächtung von Lockvogelangeboten. Das Instrument der Arbeitszeitverkürzung wurde als beschäftigungspolitisch untauglich abgelehnt. Es überfordere die mittelständischen Unternehmen durch steigende Personalkosten, fördere die Schwarzarbeit und vernichte somit vorhandene Arbeitsplätze. Die angestrebte flexiblere Gestaltung der Lebensarbeitszeit dürfe nicht zu einer zusätzlichen Kostenbelastung der Wirtschaft führen. Der Vermögensbildung wird ein gesellschaftspolitischer hoher Rang beigemessen.

Der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth bezeichnete den Mittelstand als Motor einer zukunftsorientierten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Er verwies auf Studien, wonach neue Arbeitsplätze hauptsächlich von kleineren und mittleren Betrieben geschaffen würden.

Der ebenfalls anwesende Bundesarbeitsminister Norbert Blüm forderte die Unternehmer auf, sich für die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand einzusetzen, denn dadurch könne die Lohnpolitik entkrampft werden. Blüm bekräftigte: „Wenn es den Mittelständlern gut geht, geht es auch den Arbeitnehmern gut!“

■ CDU IN NORDRHEIN-WESTFALEN

Bernhard Worms neuer Spitzenkandidat der Union an Rhein und Ruhr

Die nordrhein-westfälische CDU hat am Samstag, 7. Mai 1983, in der Mülheimer Stadthalle den rheinischen Landesvorsitzenden Bernhard Worms zum neuen Spitzenkandidaten der Partei gewählt. Der 53 Jahre alte promovierte Diplomkaufmann, Nachfolger von Heinrich Köppler, Landrat im Erftkreis, löst den bisherigen Oppositionsführer und westfälischen Landesvorsitzenden Kurt Biedenkopf ab.

In der mit Spannung erwarteten Landesversammlung stimmten in geheimer Wahl von den 309 Delegierten aus den beiden CDU-Landesverbänden 162 für Worms und 146 für Biedenkopf, 1 Delegierter enthielt sich. Zuvor hatte Worms bereits in der gemeinsamen Sitzung bei der Landesvorstände mit den Kreisvorsitzenden mit 65:43 Stimmen die Oberhand behalten. Unmittelbar nach der von Bundesminister Heinrich Windelen geleiteten Wahl erklärte Kurt Biedenkopf, er wolle auch in Zukunft in Nordrhein-Westfalen bleiben und entgegen vielfältigen Spekulationen keine Angebote für Positionen außerhalb des Landes annehmen. Vielmehr werde er sich auf dem Landesparteitag der CDU Westfalen-Lippe, der wahrscheinlich am 2. Juli in Hagen stattfinden wird, erneut um den Vorsitz bewerben. Verabredungsgemäß wird Kurt Biedenkopf, wie er in einer Pressekonferenz erklärte, auch den Vorsitz der CDU-Landtagsfraktion im Düsseldorfer Landesparlament niederlegen, um diese Position für Bernhard Worms freizumachen.

Bernhard Worms sicherte seinem unterlegenen Parteifreund einen hervorragenden Platz in der Landtagsfraktion zu und kündigte an, er werde seine kommunalpolitischen Ämter, u. a. auch die Position des Landrats, abgeben, um sich ganz auf die neuen Führungsämter zu konzentrieren. Kurt Biedenkopf stellte vor Journalisten fest, niemand werde nach dieser Entscheidung in der Lage sein, die CDU an Rhein und Ruhr auseinander zu dividieren. Biedenkopf und Worms nutzten die Landesversammlung, um vor der entscheidenden Abstimmung in kurzen Referaten, auf die dann keine Aussprache mehr folgte, für sich und ihre Politik zu werben. Sachpolitische oder programmatische Differenzen kamen dabei nicht zum Vorschein. Beide zeichneten ein düsteres Bild von der Lage in Nordrhein-Westfalen, prangerten die hohe Landesverschuldung an, die mit mehr als 60 Mrd. DM schon über dem Jahreshaushalt der Regierung Rau liegt, und äußerten die Sorge, daß Nordrhein-Westfalen wegen der strukturellen Krise des Ruhrgebietes immer mehr von der wirtschaftlichen Entwicklung vor allem der süddeutschen Bundesländer abgekoppelt werde. Aufgabe der CDU sei es, bei der Landtagswahl 1985 durch Übernahme der Regierung in Düsseldorf den Niedergang des Landes unter der absoluten Mehrheit der SPD zu stoppen sowie den Anschluß an das sich abzeichnende Wirtschaftswachstum wiederherzustellen.

Wie am Rande der Konferenz bekannt wurde, wird der neue Spitzenkandidat sich auch um einen Platz im Präsidium der Bundespartei bewerben.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

ZITAT

Führungswechsel

Zwei Jahre vor der nächsten Landtagswahl an Rhein und Ruhr hat die nordrhein-westfälische Union einen tiefgreifenden Führungswechsel vollzogen und Bernhard Worms zu ihrem Spitzenmann im bevölkerungsreichsten Bundesland bestimmt. Der erst vor zweieinhalb Jahren zum rheinischen CDU-Vorsitzenden gewählte erfahrene Landes- und Kommunalpolitiker soll 1985 gegen Johannes Rau antreten und die dann fast 20 Jahre lang regierenden Sozialdemokraten in die Opposition schicken. Zugleich muß Worms bei dieser wichtigsten Zwischenentscheidung bis zur Bundestagswahl 1987 die Regierung Kohl vor allem im Ruhrgebiet stützen und verhindern, daß nach Ludwig Erhard noch einmal ein Bundeskanzler im Revier gefährlich geschwächt wird.

Für diese schwere Aufgabe hat sich der 53 Jahre alte Politiker in den vergangenen 13 Jahren als einflußreicher Landtagsabgeordneter, ebenso fleißiger wie sachkundiger Kommunalpolitiker und (im Bündnis mit der FDP) erfolgreicher Landrat bewähren können. Der Diplomkauf-

mann bewies in diesen Jahren, daß er dienen und führen kann und jedes Amt ausfüllte, in das er berufen wurde. Sein schneller Aufstieg auch in die Bundespolitik verdankt der Köppler-Nachfolger neben der Bonner Wende vor allen auch seinen politischen Talenten, von denen besonders seine Überzeugungskraft und seine unverkrampfte Bürgernähe ins Gewicht fallen.

Trotz dieser Begabungen wird die Bürde nicht leicht sein, die ihm eine knappe Mehrheit der rheinischen und westfälischen Delegierten der CDU in Mülheim aufläuft. Worms muß schnell die Wunden heilen, die das Duell gegen den westfälischen Landesvorsitzenden in diesem schwierigen Teil des Landes hat entstehen lassen. Er muß... den Gegner Rau ins Visier nehmen, seine guten Kontakte zu den Liberalen auf die neue FDP-Führung übertragen und vor allem auch beweisen, daß er die Rolle des Oppositioñsführers beherrscht...

Für Bernhard Worms, dessen gutes Verhältnis zum Bundeskanzler auch eine Rückendeckung für die CDU an Rhein und Ruhr bedeutet, könnte es zum ersten Prüfstein werden, wie sich die weitere politische Zukunft Biedenkopfs entwickeln wird. Der brillante Wirtschaftsjurist... bleibt auch nach der Niederlage wertvoll für seine Partei.

Rheinische Post, 9. Mai 1983

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlegerleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje, Eberhard Luetjohann. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502. **Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM.** **VVA-Druck, Düsseldorf.**